

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde bestätigt.

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 15.06.2015

Das Protokoll wurde einstimmig bestätigt.

**Zu TOP 4 Baubeschluss zum Um- und Ausbau des Oberstufenzentrums Oder-Spree, Standort Eisenhüttenstadt, Waldstraße 10
Vorlage: 018/2015**

Herr Buhrke machte kurze Ausführungen zur Beschlussvorlage. Dabei verwies er auf die Beratung im Bauausschuss. Der Architekt war anwesend und hat Fachfragen beantwortet. Die Baukosten für die Maßnahme werden 2,7 Mio € betragen.

Herr Umbreit erklärte, dass die Schule die Maßnahme befürwortet.

Frau Huschenbett kündigte ein Austauschblatt zur Beschlussvorlage an. Danach wird der Baubeginn der 07.04.2016, Fertigstellungstermin der 20.04.2017 sein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu TOP 5 Grundsatzbeschluss für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes für das KWU Entsorgung
Vorlage: 025/2015**

Ausführungen zur Beschlussvorlage erfolgten durch Herrn Buhrke. Er wies darauf hin, dass die Ertüchtigung des derzeitigen Standortes unwirtschaftlich ist (geschätzte Kosten 1,0 Mio €). Vorteile für den Neubau sind, dass er auf einem Grundstück des Landkreises errichtet wird. Andere Varianten (z.B. Errichtung auf Betriebshof des KWU unter Zukauf von Flächen) wurden im Vorfeld geprüft und für nicht so günstig befunden. Der Neubau zeichnet sich durch eine hohe Bürgerfreundlichkeit aus.

Herr Papendieck erkundigte sich nach der Höhe der Jahresmiete und der Refinanzierung des Gebäudes. Die monatliche Kaltmiete beträgt derzeit 7.500 € und wird zukünftig ca. 9.500 € betragen. Bei der Kalkulation wurde von einer Nutzungsdauer von 50 Jahren und 2 % Eigenkapitalverzinsung ausgegangen. Eine Gebührenerhöhung aufgrund des Neubaus ist nicht zu erwarten.

Zum alten Standort erklärte Herr Buhrke, dass die Stadt Fürstenwalde am Kauf der Liegenschaft interessiert ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu TOP 6 Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des LOS im Zeitraum 2016 -
2021 ff
Vorlage: 027/2015**

Herr Buhrke gab eine kurze Einführung in das Thema. Erstmals wurde der Entwurf der Prioritätenliste den Städten und Gemeinden zugesandt. Stellungnahmen, Meinungen liegen der Verwaltung bis zum heutigen Tage nicht vor. Nur vom Amt Scharmützelsee wurde per Mail um die Aufnahme des Neubaus einer Rettungswache in Wendisch Rietz in die Prioritätenliste gebeten. Herr Buhrke nahm zu diesem Anliegen wie folgt Stellung: Nicht jede Rettungswache kann durch den Landkreis finanziert werden. Es besteht auch die Möglichkeit, die Finanzierung über die Rettungsdienst GmbH vornehmen zu lassen, ggf. durch die Aufnahme von Krediten.

Herr Buhrke wies weiterhin darauf hin, dass nicht alle Maßnahmen der Prioritätenliste mit Kosten untersetzt sind, wie zum Beispiel der Neubau von Asylbewerberunterkünften. Hier ist noch offen, ob der Landkreis selber als Bauherr auftritt oder sich eines Investors bedient. Darüber hinaus existiert für Schöneiche noch kein Baurecht. Er kündigte Austauschblätter zur Beschlussvorlage an.

Herr Umbreit berichtete über das Ergebnis der Beratung des Bildungsausschusses. Dieser spricht sich für eine Veränderung der Prioritäten (höhere Dringlichkeit als von der Verwaltung vorgeschlagen) bei Schulbaumaßnahmen aus.

Herr Buhrke wies darauf hin, dass nicht alle in der Prioritätenliste enthaltenen Maßnahmen finanziell gesichert sind. Darin unterscheidet sich die Prioritätenliste von den Vorlagen der Vorjahre. Aus diesem Grunde wurde in der Beschlussvorlage dargestellt, was der Haushalt nach jetzigem Erkenntnisstand finanzieren kann. Insofern ist die Anlage 3 informativ. Eine Finanzierung von Investitionen über Kredite setzt voraus, dass diese durch das Land genehmigt werden. Voraussetzung für die Genehmigung ist ein ausgeglichener Haushalt; Ausnahmen sind nur bei rentierlichen Maßnahmen möglich.

Zum Thema Prioritätenliste erfolgte eine ausgiebige Diskussion und es wurde auf Nachfragen eingegangen, u.a.

- Woraus ergibt sich die Priorität bei den Straßenbaumaßnahmen (Herr Papendieck)?
Antwort: aus dem Kreisstraßenbedarfsplan (Herr Buhrke)
- Prioritätenliste wurde um zahlreiche Maßnahmen erweitert, um den Gemeinden kein Geld geben zu müssen (Herr Zeschmann), Forderung nach Kürzung der Maßnahmen (Verweis auf Straßenbaumaßnahmen 61-2, 61-3, 61-6, 61-9 auf Anlage 2)
- Müssen weitere Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber geschaffen werden (Herr Papendieck)? – Ja, siehe Ausführungen von Herrn Buhrke unter Sonstiges

Zur Änderung der Priorität gemäß dem Votum des Bildungsausschusses wurde festgelegt, dass erst alle Meinungen der Fachausschüsse gesammelt werden sollten und anschließend der Kreistag bzw. Kreisausschuss über die Reihenfolge der Realisierung der Investitionen beschließt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu TOP 7 Richtlinie zur Durchführung und Förderung der Kindertagespflege im
Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 019/2015**

Herr Buhrke ging kurz auf die Beschlussvorlage ein. Er machte deutlich, dass sich daraus Mehrbedarfe für künftige Haushaltsjahre ergeben werden. Aus diesem Grunde wird die Beschlussvorlage dem Finanzausschuss zur Kenntnis gegeben. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Pech führte er aus, dass die Richtlinie keine Auswirkungen auf die Satzungen der Gemeinden für Elternbeiträge in Kita's hat. Einwendungen von Gemeinden gab es zur Richtlinie nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu TOP 8 Sitzungsplan 2016
Vorlage: 022/2015**

Es ergaben sich keine Einwendungen.

**Zu TOP 9 Nein zur Kreisgebietsreform ! Ja zum Erhalt des Landkreises Oder-
Spree
Vorlage: 4/BVB/Fr.Wähler/2015**

Zu diesem Thema gingen die Meinungen weit auseinander. Sie reichten von der totalen Ablehnung einer Kreisneugliederung bis zum Abwarten der konkreten Bedingungen, um dann gezielt Stellung nehmen zu können. Herr Buhrke merkte an, dass derzeit Aussagen zur Funktionalreform und zur Finanzierung fehlen, so dass die Auswirkungen auf den Landkreis nicht eingeschätzt werden können. Herr Dr. Pech regte die Bildung eines zeitweiligen Ausschusses „Kreisneugliederung“ an.

Übereinstimmung gab es dazu, dass ein Beschluss im Kreistag nur sinnvoll ist, wenn er eine breite Zustimmung findet. Aus diesem Grunde sollte im Kreisausschuss dazu ein Konsens gefunden werden.

Zum Antrag der Fraktionen BVB/Fr.Wähler/AfD erfolgt keine Abstimmung.

Zu TOP 10 Informationen zum Ergebnis V-Ist-Einschätzung per 30.06.2015

Frau Wellmer ging kurz auf die Ergebnisse der 1. V-Ist Einschätzung (Grundlage: Erfüllung per 30.06.2015), die alle Abgeordneten des Kreistages auf dem Postweg erhalten haben, ein und antwortete auf Fragen. Herr Buhrke informierte darüber, dass beide Odersun - Hallen benötigt werden. Demnächst wird der Grundsatzbeschluss dem Kreistag zur Bestätigung vorgelegt.

Zu TOP 11 Informationen zum Stand der Vorplanung Haushalt 2016

Es erfolgten Informationen zur Entwicklung der Finanzausweisungen (siehe Anlage 1 und 2). Über die Entwicklung wesentlicher Aufwendungen wurde bereits auf der letzten Sitzung berichtet. Herr Buhrke berichtete über die Entwicklung der Personalkosten, die sich nach Auswertung der Stellenplangespräche ergeben. Der LOS rechnet für 2016 mit einem Anstieg der Personalkosten von ca. 1,4 Mio €. Grund hierfür sind Tarifierhöhungen und Stellenzuwächse, hauptsächlich infolge der steigenden Asylbewerberzahlen.

Zu TOP 12 Informationen zum Stand der Erarbeitung des Schiedsgutachtens zur Kreisumlage

Herr Buhrke informierte, dass die für den 07.09.2015 geplante Beratung von der Kanzlei von Prof. Dr. Dombert verschoben wurde. Bis zum 30.09.2015 soll der erste Entwurf des Gutachtens vorliegen; danach wird ein neuer Gesprächstermin vereinbart.

Zwischenzeitlich gibt es ein neues BVG - Urteil zur Kreisumlage. Hier hatte ein hessischer Landkreis gegen das Land geklagt. Dieses Gerichtsurteil wird Auswirkungen auf das Gutachten haben. Das Gerichtsurteil kann bei Bedarf den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden. Es wird eine spannende Diskussion zu den Themen des Gutachtens erwartet. Der Vorsitzende des Kreistages wird diesen Prozess begleiten.

Zu TOP 13 Sonstiges

Herr Buhrke informierte über die Notwendigkeit und den Stand der Schaffung von zusätzlichen Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern. Der Landkreis ist dazu mit unterschiedlichen Trägern im Gespräch, u.a. mit der BIMA. Mit der BIMA laufen Verhandlungen zum Fuchsbau. Hier müssen schnelle Entscheidungen getroffen werden, ggf. mit Eilbeschluss, der dem Kreistag dann am 02.12.2015 zur Bestätigung vorgelegt wird. Der Landkreis rechnet mit Kosten in Höhe von 500 T€ für Kauf und Erschließung. Darin sind noch nicht die Kosten für die Sanierung des Objektes (z.B. Brandschutz) enthalten. Der Bund hat Erleichterungen im Baurecht angekündigt. Diese werden abgewartet. Danach werden die entsprechenden Beschlüsse in den Kreistag eingebracht.

Zeitweilig nutzt der Landkreis eine Liegenschaft in Heinersdorf (anstelle von Zelten) zur Unterbringung von Asylbewerbern.

Herr Dr. Pech erinnerte an das Thema „Bürgerhaushalt“, das Gegenstand der Beratung des Finanzausschusses am 26.02.2015 war. Die Fraktionen sollten sich hierzu eine Meinung bilden. Herr Dr. Pech bat um einen Rücklauf von den Fraktionen.

Dr. Artur Pech
Vorsitzender des
Ausschusses für Haushalt
und Finanzen

Hariett Wellmer
Schriftführerin